

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

„Stabilisierung“ der Arbeitslosigkeit?

Sir haben heute nach den amtlichen Angaben rund 2 Millionen unterstufte Erwerbslose in Deutschland mit weiteren 2 Millionen Zuschlagsempfängern, die mit künftigen Unterstützungsfällen ihr Leben fristen müssen. Nach den Meldungen von 39 Fachverbänden arbeiten weitere 700 000 Arbeiter verteilt, welche Zahl jedoch nicht vollständig und mit 1 Million eher richtig geschätzt sein dürfte. Mit den Familien der Kurzarbeiter zusammen sind also insgesamt 5 bis 6 Millionen Menschen allein in Deutschland von der Arbeitslosigkeit betroffen. Und in andern Ländern, man denke nur an Österreich und England, herrschen ähnliche Zustände.

Doch es ist nicht genug, wenn man nur die unmittelbar betroffenen Arbeiter in den Kreis dieser Betrachtung zieht. Denn wenn 5 bis 6 Millionen Menschen zu dauernder oder doch zu einer längeren Erwerbslosigkeit verdammt sind, dann hat dies einen gewaltigen Rückgang des gesamten Warenverbrauchs zur Folge, der weite Schichten des bürgerlichen Mittelstandes ebenfalls mit ins Elend hinabstößt, die eben von der Warenverteilung an die Arbeiter leben. Und daß, wenn der Verbrauch der wichtigsten Lebensmittel zurückgeht, die Volksgesundheit schweren Schaden leidet, ist eine weitere unabweisbare Folge. Das ist eine geradezu furchtbare Aussicht, denn das Elend verbielfacht sich, je länger die Arbeitslosigkeit dauert.

Sechs Monate hält diese Krise nun schon an. Die Arbeitssünder sind genötigt, die Bezugsdauer der Unterstützung von 26 auf 39 und schließlich auf 52 Wochen zu verlängern, wie dies in den besetzten Landesteilen schon 1923/24 der Fall war. Und es ist noch kein Ende abzusehen. Wie ist dies nur zu erklären?

Da ist erstens zu sagen, daß die Krise ja nicht auf ein einziges Land beschränkt ist, nicht einmal auf das europäische Festland, sondern sie ist eine Weltkrise, hervorgerufen einmal durch die sogenannte Übersteigerung des gesamten Erzeugungssapparates. Die Übersteigerung nahm ihren Anfang zwar schon vor dem Weltkrieg, esfuhr aber erst durch diesen seinen Lauf, der uns heute so erschreckend deutlich wird. In allen Ländern, die am Krieg beteiligt waren (und welche waren es nicht!), bildeten sich eigene, selbständige Industrien heraus, in dem Bestreben, von andern Ländern unabhängig zu werden. Wozu die Notwendigkeit sich mit den Waffen gegenüberstehenden Nationen noch einen besonders kräftigen Anstoß gab. Diese neuen Industrien, ungehemmt durch Überlieferungen, entfalteten sich aber weit rascher, richteten sich technisch weit besser ein als die alten Industrien und verdrängten diese schließlich mehr und mehr vom Weltmarkt. Dies gilt sowohl von der Rohstoff- als auch von der Fertigwarenherzeugung.

Dazu kommen (besonders in Deutschland) noch andere Ursachen. Da ist zunächst zu nennen die Vermehrung der Arbeiterzahl durch die Vermehrung des stehenden Heeres. Ferner die durch Stilllegung oder Einschränkung der Rüstungsindustrie sich auf die andern Industriezweige werfenden Rüstungsarbeiter, was besonders in der Metallindustrie zum Ausdruck kommt. Da sind weiter die Bergarbeiter, die durch die stetig sich steigende Verwendung der Wasserkräfte und den dadurch bedingten Rückgang des Kohlenverbrauchs übrig werden. Außerdem sind eine Reihe von ehemals selbständigen Geschäftleuten durch die Inflation verarmt und in die Reihen des Proletariats gestochen worden, wo sie die Zahl der Arbeit Heischenden vermehren.

Alle Versuche, aus diesem unheilvollen Zustand herauszukommen, müssen scheitern, wenn man das heutige System selbst zu ändern nicht gewillt ist. Dieser Wille fehlt vorläufig noch vollkommen. Zwar bemerkt man hier und dort in der kapitalistischen Presse Anmerkungen, die eine beginnende Erkenntnis ahnen lassen. Allein dies sind nur einzelne weiße Raben, die dem großen Heer der unverbesserlichen Krähcn noch nichts anzuhängen vermögen. So wird zum Beispiel der Gedanke erwogen, durch Zusammenbruch der jetzt noch durch Zollmauern und sonstige Hindernisse getrennten europäischen Wirtschaften wenigstens gegenüber der amerikanischen Vormachtstellung wieder bestimmte Vorteile erringen zu können.

Auf der andern Seite sehen wir in den „Nationalisierungsplänen“ der einzelnen Industrien Versuche zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit, die doch wieder nur zur Folge haben werden, daß sie in den rückständigen und zur Stilllegung reifen Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte auf die Straße geworfen werden. Das läßt sich in einzelnen sehr gut beobachten. In allen den Betrieben, wo Umstellungen vorgenommen werden, die die Voraussetzungen bilden zur „Gefundung“ der Wirtschaft, werden mehr und mehr Arbeitskräfte überflüssig. Die Verbesserung der alten technischen Einrichtungen, die Einführung der Fließarbeit tragen wiederum zur Hebung der Arbeitslosen bei. Diese Tatsachen bestärken uns in der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung werden wird.

Da sich die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger auf alle Industrien erstreckt, schwindet auch die Hoffnung, daß die auf einer Seite überflüssig gewordenen Leute in andere Zweige abwandern könnten. Wo wirklich noch Ausnahmen bestehen mögen, ändern diese ihrer geringen Zahl wegen nichts an der furchtbaren Tatsache, daß in absehbarer Zeit mit einer Besserung nicht zu rechnen ist.

Die Arbeiterchaft steht nun vor der Frage, ob sie dieses grausame Geschick ruhig auf sich nehmen oder ob sie es nicht doch versuchen will, es entweder ganz oder doch zum Teil abzuwenden. Selber ist zu sagen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter noch weit von der Erkenntnis entfernt ist, daß das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beseitigt werden muß, will man die Weltkrisen vermeiden. Zwar leiden die Kapitalisten in solchen Krisenzeiten

ebenfalls, sie klagen und jammern, wenn die Profite nur spärlich fließen oder gar zeitweilig ganz aufhören. Allein diese haben nie und nimmer dieses Elend, diese körperlichen und seelischen Zerrüttungen zu befürchten, wie die Arbeiter und ihre Familien. Denn die Kapitalisten sind gute Hamster, sind von jeher mit Vorräten aller Art wohl versorgt gewesen. Sie haben zum größten Teil neben ihrem Industriebetrieb auch noch beträchtlichen Landbesitz, und daher Küche und Keller stets wohlgefüllt, während die Arbeiter kaum einen Tag nach Empfang des letzten Lohns noch etwas zu beissen haben, dann ihrer völligen Besitzlosigkeit, die ihrerseits wieder die Quelle des Reichtums der andern ist. Es bleibt den Besitzlosen daher kein anderer Weg, als ein unermüdlicher Kampf um die endgültige Beseitigung des kapitalistischen Systems, den Kampf in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, die allein die Bürgerschaft bieten für den endlichen Sieg.

Doch dieser Kampf wird durch den mangelnden Einsicht und Erkenntnis vieler Millionen von Arbeitern sehr hartnäckig und auch von langer Dauer sein. Es muß aber daneben auch für die Gegenwart und vor allem für die Kämpfer selbst gesorgt werden. Denn wenn wir einen so großen Teil der Arbeiter, wie er in den Zahlen der Erwerbslosen zum Ausdruck kommt, verhungern und verelenden lassen, vermindert sich die Zahl der Kämpfer und die Aussicht auf einen Sieg über den Kapitalismus wird geringer. Nämlich diejenigen, die zuerst auf Pfahler fliegen bei Betriebseinschränkungen, sind zumeist, wenn auch nicht immer, unsere Funktionäre, deren wir so dringend bedürfen. Um also die Opfer der Dauerkrise einigermaßen über Wasser halten zu können, müssen wir täglich, fröhlich unsere gewerkschaftlichen Forderungen zugunsten der Erwerbslosen erheben:

1. Sofortige Einführung der Arbeitslosenversicherung an Stelle der völlig unzureichenden Fürsorge.
2. Unverzügliche Kostensenkungsmaßnahmen und Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beschäftigung der Erwerbslosen.

Weshalb diese furchtbaren Zeiten wenigstens den einen Erfolg haben, daß sie all den Arbeitern, die sich bei den politischen Wahlen der letzten Jahre ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien nehmen ließen, die Augen öffnen und sie von ihrer Verblendung befreien.

Laten in Zahlen

Weiter unten folgt der Rechnungsabluß unserer Hauptkassa für das Jahr 1925. Er ist dem eingehenden Studium bringend empfohlen. Eine bessere Möglichkeit, sich über die Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu unterrichten, ist so leicht nicht zu finden. Sie gibt den Mitgliedern zuverlässigen Aufschluß über die Verwendung ihrer Beiträge und sie widerlegt die alberne Behauptung der Gegner von der Vergeudung der Arbeitergroschen. Darum sollten vor allem die Mitglieder sich in die Abrechnung vertiefen. Sie können daraus viel Stoff für ihr eigenes Wissen wie für die Verarbeitung unter den unorganisierten Kollegen schöpfen. Gemiß sind lange Zahlenreihen kein angenehmer Lesestoff. Doch trifft das nur dann zu, wenn man das Zahlenlesen rein mechanisch betreibt. Sobald man aber die Zahlenreihen mit dem Licht des Geistes durchleuchtet, bekommen sie Leben und Blut, werden sie berechtigt und aufschlußreich, berichten sie von einer Fülle von Anstrengung und Opfern, von erfreulichem Gemeinschaftsgefühl und gestiftetem Segen für die Metallarbeiter wie für das Proletariat überhaupt.

Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 1925 28,1 Millionen. Diese Riesensumme ist großem und marktwiese entrichtet und zusammengetragen worden. Hierin brückt sich ein hohes Maß von gewerkschaftlicher Übergangstreue und Pflichter der Mitglieder wie der Funktionäre aus. Dank jener Treue und diesem Eifer konnten beachtenswerte Erfolge errungen, zahlreiche Angriffe abgewehrt, ein Meer von Sorgen gemildert werden. In welchem Umfange dies geschah, zeigen die verschiedenen Posten der Abrechnung. Für Streit und Maßregelung, das ist für den Kampf zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, wurde mehr als 3 1/2 Millionen Mark aufgewendet. Der Ertrag dieser Aufwendung läßt sich zahlenmäßig schwerlich nachweisen. Doch wenn man sich die Ummenge von Lohnaufbesserungen des Berichtsjahres mit der Masse der abgewehrten Angriffe auf Lohnhöhe und Arbeitszeit vergegenwärtigt, so muß der Gewinn den Aufwand das Vielfache der Ausgabe summe überschreiten. Übrigens kann der Ertrag der Ausgabe für Lohnkämpfe nicht lediglich an dem gemessen werden, was offensichtlich gewonnen oder verhindert wurde. Die bloße Tatsache allein, daß der Verband erhebliche Summen für den Kampf einsetzte und einzusetzen gewillt und in der Lage ist, verbürgt schon dadurch einen namhaften Gewinn, daß er die Angriffs- oder Heutelust der Gegner erheblich dämpft. Denn, wie jedermann weiß, steht die Friedensliebe der Unternehmer in einem ziemlich geraden Verhältnis zur Kampflust und finanziellen Kampflosigkeit der Gewerkschaft. Die Ausgabe für die erwerbslosen und tranken Mitglieder ist diesmal außerordentlich hoch. Für beide wurden 8,3 Millionen aufgewendet. Die Gründe für das Emporsteigen dieser beiden Unterstützungskassen sind gerungam bekannt. Den vielen arbeitslosen und gesundheitlich leidenden Kollegen wurden ihre unzulängliche Unterstützung, die sie aus der öffentlichen und Krankenkasse erhielten, durch den Verband nach Möglichkeit erhöht. Die Verbandsunterstützung mag in einzelnen gering erscheinen, in

ihrer Gesamtheit indessen stellt sie eine ganz gewaltige Hilfe dar. Durch sie konnte viel Sorge gemildert, manche Unbill geglättet, zahlreiche Tränen getrocknet werden. Dies gleiche gilt für die Ausgabe in Not- und Sterbefällen, wofür 256 000 M gewährt wurden.

Trotz dieser gewaltigen Aufwendung für Lohnkampf und Not aller Art wurde die Verarbeitung und Bildung nicht vergessen. Für beide ist mehr als eine Million verausgabt worden, für die drei Zeitungen des Verbandes allein eine halbe Million. Auf diese Ausgabe ist es in hohem Grade zurückzuführen, daß der Verband in dieser Zeit, wo die Arbeiterchaft Blind und Wetter im Gesicht hat, seiner Aufgabe in erfreulicher Weise gerecht zu werden vermochte und daß seine Mitglieder im allgemeinen wie seine Funktionäre im besonderen geistig einen hohen Stand zu erreichen vermochten. Kaum eine andere Ausgabe wird so hundertfältig Zins tragen, wie die für Agitation und Bildung. Einen außerordentlich hohen Betrag, nämlich 259 000 M, hat der Verband diesmal für die Pflege der internationalen Beziehungen, das ist für kämpfende Kameraden im Ausland geleistet. Ein lebendiges Zeugnis dafür, daß bei unseren Mitgliedern der internationale Gedanke kein leeres Wort ist. Das gleiche läßt sich übrigens auch von unseren ausländischen Gewerkschaftsgenossen sagen, wie die Geldhilfe bezeugt, die uns in der trüben Stunde der Inflation und bei ähnlichen Gelegenheiten zuteil wurde.

Was in allem beweisen die Zahlen der Abrechnung eine Fülle von segensreichen Taten für die Metallarbeiterchaft, Taten für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage wie zur Milderung ihrer vielfältigen Notlage. Wären diese Taten nicht vollbracht worden, der Zustand der deutschen Metallarbeiter, die von Schanzmachern schwersten Kalibers bedroht sind, wäre gar nicht auszubedenken. Und der segensreichen Taten hätten noch mehr sein können, die Metallarbeiterchaft wäre heute vieler hanger Sorgen und Mühseligkeiten ledig, wenn noch mehr Kollegen treu zu uns, zu ihrem Verbande gestanden wären. Die Abrechnung unserer Hauptkassa bietet Beweis und Mahnung für die gleichgültigen, fernstehenden Kollegen genug, sich dem Verbande anzuschließen, damit er auch ihnen Schutz und Segen geben kann im Schweiße ihrer Arbeit und Not.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa 1925

Einnahmen.	
Kassenbestand vom 31. Dezember 1924	62510,78
A. An Beitrittsgeldern und Beiträgen	7961840,43
B. Sonstige Einnahmen:	
An Abhebung von Bank	5033190,20
Zinsen von angelegten Geldern	688027,53
Zurückbehalten Krankengeld	1447,28
Ersatzbücher	7215,47
Broschüren, Protokolle	1880,-
Betriebsräte-Zeitschriften	85657,21
Devisenverkauf	166037,85
Zurückbehalten Darlehen	178599,85
Sonstige Einnahmen	202984,01
	6812889,45
Zusammen	14327190,66

Ausgaben:	
Für Agitation: a) vom Vorstand	4745,10
b) der Bezirksleiter	471825,22
Informationsreisen u.	17888,65
Metallarbeiter-Zeitung	418908,31
Metallarbeiter-Jugend	42585,45
Betriebsräte-Zeitschrift	43864,99
Bildungskurse	16267,29
Vertratsitzungen	18485,15
Konferenzen und zentrale Verhandlungen	85587,65
Gewerkschaftstongress in Breslau	15359,65
Beiträge an A. D. G. B.	298054,98
Beitrag an Feuerversicherungs-A. G.	28883,33
Aufrechterhaltung internationaler Bezieh.	269045,01
Kranken- und Angestelltenversicherung	31590,28
Beihilfungsverbände	54507,90
Darlehen	496908,96
Feinarbeiterausstellung	10390,61
Kontokorrent-Konto	8889681,18
Zuschüsse an Verwaltungstellen	5184468,-
Revisionskosten d. Hauptkassa u. Verwaltung	23988,45
	13786854,94

Verwaltungskosten	
A. Persönliche:	
Gehalt der Bürobeamten	57960,-
Bürogehilfen	248576,60
Sitzungsgelder	8480,98
Für den Ausschuß	600,-
	805917,53
B. Sachliche:	
Druckarbeiten	143741,85
Bibliothek	6008,03
Büroeinrichtung	772,90
Büromiete	10455,-
Büroreinigung	2786,-
Zeitungssubskriptionen	4115,88
Post- und Schreibmaterial	2608,69
Frachten, Postis, Telefon	29556,54
Prozess- und Anwaltskosten	8945,05
Sonstige Ausgaben	8682,94

Kassenbestand am 31. Dezember 1925	218972,93
	17446,48
Zusammen	14327190,66

Rechnungsabschluss für das Jahr 1925

Table with financial data for 1925, including 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses) with sub-totals and a final 'Zusammen' (Total) row.

Stuttgart, 8. Mai 1926.

Hauptkassierer: Ernst Schäfer, E. Schott

Revidiert und für richtig befunden:

Für den Ausschuss: H. Weigle, Fr. Siegel, W. ...

Rechnungsabschluss der Totalkassen für das Jahr 1925

Table with financial data for total funds, including 'Einnahmen' and 'Ausgaben' with sub-totals and a final 'Zusammen' row.

Altersversicherung im Verband

Da die Folgen der wirtschaftlichen Krise nicht nur in den Kreisen der Metallarbeiter, sondern in allen Berufen zu verzeichnen sind, ist die Anziehung des Kollegen Rühmel für die gesamte werktätige Bevölkerung belanglos.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß eine einigermaßen zufriedenstellende Altersversicherung für die Verbände tragbar ist. Abgesehen davon, daß eine ungeheure Belastung des gesamten Verwaltungsapparates stattfinden müßte, halte ich es auch deswegen für ausgeschlossen, weil die Mittel, die das einzelne Mitglied zugleich mit den Beiträgen für die ursprünglichen Aufgaben des Verbandes aufzubringen hat, so hohe sein würden, daß ihre Aufbringung den Mitgliedern äußerst schwer wäre.

Aberhaupt ist es bedenklich, viel soziale Lasten auf die eigenen Schultern zu nehmen, um damit die verantwortlichen Reichsstellen von der Verpflichtung zum rechtzeitigen Eingreifen zu entbinden. Was bleibt uns übrig? Ich erinnere daran, daß sich unsere Dresdener Verwaltungsstelle schon 1921 mit diesem Problem befaßt hat. Sie hat nach gründlicher Vorberatung eine Eingabe an die Reichstagsfraktionen der Arbeiterparteien gemacht, deren Hauptforderung darin gipfelte, die Alters- und Invalidenversicherung dem Beamtenpensionsgesetz anzupassen.

Ich möchte einige Vorschläge machen über Altersgrenze, Beiträge und Leistungen einer zu schaffenden Altersversicherung in unserem Verbands. Die Altersgrenze für die Inanspruchnahme der Leistungen ist die Vollendung des sechzigsten Lebensjahres. Diese Vorgehung erscheint mir notwendig angesichts der Tatsache, daß das Unternehmertum immer mehr dazu übergeht, die Betriebe von den älteren Leuten zu 'säubern', weil diese älteren Kollegen angeblich nicht mehr im 'Hollweg ihrer Leistungsfähigkeit sind'.

gehmelang Treue bewahrt. Noch besser wäre es, wenn als weitere Sicherung gegen berartige Zeitverluste erst eine Beitragsleistung der Mitgliedschaftsbauer von mindestens 260 Wochen satzungsgemäß vor aussetzung für den Leistungsanspruch ist.

Der Beitragsfuß müßte ein Einheitsfuß sein, weil ja die Leistungen nach Maßgabe der Mitgliedschaftsbauer einheitlich sein sollen. Wie hoch die Höhe des Beitrags. In der Invalidenversicherung ist der Höchstbeitrag jezt wöchentlich 1,40 M. In diese Beitragsleistung teilen Arbeiter und Unternehmer zur Hälfte. Die W. sieht jedoch neben den Pflichtleistungen, wie Invaliden-, Witwen-, Witwer- und Waisenrente, mehrere Mehrleistungen vor. Diese Mehrleistungen der W. nehmen einen nicht unerheblichen Teil der Beiträge in Anspruch.

Aus diesen Gründen erscheint mir ein wöchentlicher Beitrag von 40 oder höchstens 50 S. als ausreichend. Um einen Grundstock, einen sogenannten 'Beitragsfonds' zu sammeln, wäre zu erwägen, die Inanspruchnahme der Leistungen erst nach einem gewissen Zeitraum, etwa nach einem Jahre vorzunehmen. Sollte es sich erweisen, daß mit den beschlossenen Beitragsfuß auf die Dauer nicht auszukommen ist, so steht ja einer Erhöhung durch den nächsten Verbandstag nichts im Wege. Stellt sich heraus, daß die Beiträge den Bedarf an Mitteln übersteigen, so steht ja einer Beitragskürzung oder Leistungssteigerung auch nichts im Wege. Würde sich der günstigere Fall herausstellen, wäre es zu begrüßen, wenn dadurch die Möglichkeit einer Erabsetzung der Altersgrenze, etwa 55 Jahre, ermöglicht würde.

Die Höhe der Unterstützung müßte sich gliedern in eine Mindest- und Höchstleistung gemäß der §§ 9 und 10 unserer Satzung. Die Mindestleistung nach 5jähriger Mitgliedschaft müßte wenigstens 7,50 M. betragen, die Höchstleistung nach 10jähriger Mitgliedschaft müßte vorläufig auf 12,50 M. wöchentlich zu bemessen. Klagbare Ansprüche auf diese Leistungen sind, wie auch bei den anderen Verbänden, unterstützung, nicht einzuräumen.

Wie gesagt, sollen meine Ausführungen nur Vorschläge, Anregungen sein. Ob sich im Rahmen meiner Ausführungen die Angelegenheit vertieflichen läßt, dies zu beurteilen ist Aufgabe der in Betracht kommenden Stellen, vornehmlich der Finanzminister unseres Verbandes, die dem Verbandstag die nötigen Unterlagen zu geben in der Lage sind. Aber gleichviel, so oder so, etwas muß geschehen. Das sind wir unseren alten Pionieren schuldig!

R. E b i n g h a u s, Remscheid.

Warnung vor der technischen Nothilfe. Auf verschiedenen Seiten des Ruhrbergbaues sind in letzter Zeit Steiger, Inspektoren und andere Vorgesetzte eifrig bei der Arbeit, für die technische Nothilfe (Teno) Mitglieder zu werben. Wir warnen sämtliche Arbeiter und Angestellten ganz entschieden vor diesem Treiben! Als Arbeiter müssen wir die Frage stellen: Was soll mit der Teno bezweckt werden? Man will neue Streikbrechergarden bilden! Die angeblichen Ziele (Hilfe zur Beschaffung von Essig, bei Feuergefahr, Dammbrüchen usw.) sind doch nur vorgegeben. In Wirklichkeit will man Reserven schaffen, die bei einem Arbeitskämpfe eingeklinkt werden sollen, um das Streikrecht der Arbeiterschaft zu beseitigen. Dazu brauchen wir keine technische Nothilfe. Die freien Gewerkschaften haben sich immer und überall bereit erklärt, sämtliche Nothstandsarbeiten selbst auszuführen. Und als Arbeiter, der mit der Nothstandsliste der freien Gewerkschaften versehen ist, kann ruhiger und unbefangener zur Arbeit gehen, als ein Mitglied der Teno, das unter polizeilichem Schutz oder unter dem Schutz von Reichsorganisations, wie Werwolf, Stahlhelm, Jungbo und dergleichen zur Streikbrucharbeit gehen soll. Nur eins ist in dieser ganzen Angelegenheit notwendig, nämlich daß die Unternehmer die Vertretung der Nothstandsarbeiten durch die Mitglieder der freien Gewerkschaften zulassen. Soweit aber solches von den Unternehmern abgelehnt wird, haben wir gar keine Ursache, die Nothstandsarbeiten auf dem Umwege über die Teno ausführen zu lassen. Ist es doch eine allbekannte Tatsache, daß in vielen Fällen, wo die Teno eingesetzt wurde, die Betriebe derartig verfaul waren, daß nur mit größter Mühe ein geordneter Betrieb wieder eingerichtet werden konnte. Den Angestellten aber, die sich heute so eifrig um die Ausbreitung der Teno bemühen, rufen wir zu: Sorgt zunächst einmal dafür, daß eure Betriebe in Ordnung kommen und auf der Höhe bleiben! Behandelt eure Arbeiter anständig, dann werden so leicht keine Mißhebel ausgetreten, dann ist die Teno überflüssig.

Beschäftigungsgrad. Auf Grund der Ermittlungen des Reichsarbeitsministeriums vermehrte sich die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben mit betrieblidem Geschäftsgang während des Monats April von 17 auf 23 vS. Die Beschäftigtenzahl in den Betrieben mit gutem Geschäftsgang ging um 5 vS und in den schlecht beschäftigten Betrieben um 2 vS zurück. Aber den Arbeitsmarkt selbst wird gesagt, daß sich die Bauindustrie bis jetzt nicht wesentlich belebt habe, insbesondere weise das Bauhandwerk auffällige Stille auf.

Überlieferung der industriellen Verwaltung. Es ist bekannt, daß die Industriefabrikanten auf allen Gebieten Sparmaßnahmen predigen. Nicht so sparsam wirtschaften sie im eigenen Hause. In einer der letzten Nummern der Zeitschrift 'Der Kommunalbeamte' finden wir bezüglich des Büroapparats der Industrie- und Handelskammern folgendes: Die Handelskammer Du. (Quisburg?) besaß 1913 an Personal 1 Syndikus, 2 wissenschaftliche Hilfsarbeiter, 1 Bürodirektor und 8 weitere Angestellte und Beamte; 1925 aber hatte sie 1 ersten Syndikus, 1 zweiten Syndikus, 2 stellvertretende Syndici, 3 Dezerenten, 2 Leiter von Zweigstellen, 4 wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Bürodirektor, 1 stellvertretenden Bürodirektor und außerdem 25 Beamte und Angestellte — also eine Personalvermehrung von mehr als 300 vS. In der Handelskammer E. (Essen?) beträgt die Vermehrung seit 1913 333 vS, und bei der Handelskammer Dü. (Düsseldorf?) sogar 370 vS.

150% Herabsetzung der Herstellungskosten

Von Oering H. Hofmann, Kronstadt-Danubio. Eine kurze, aber inhaltlich reiche Mitteilung bringen die Nachrichten des Vereins deutscher Ingenieure in Nr. 14. Sie lautet: Die Umgestaltung von Hochgeschütz hat in Amerika nach Angabe der Kollegen zu einem Preisabfall von 15% geführt. Diese Mitteilung sowie die Umgestaltung des Hochgeschützes in Nr. 17 der RZ, Hochgeschützgeschosse zu nennen, erinnert mich an einen Aufsatz, den ich im Jahre 1921 im Französischen Generalwörterbuch veröffentlichte. Hier habe ich versucht, die Hochgeschützgeschosse allen denen verständlicher zu machen, die im Leben sonst nicht mit diesen in Verbindung kamen, habe u. a. erwähnt, daß bereits damals die Französischen Hochgeschütze eine große Einzelstückfertigkeit besaßen, die dadurch gekennzeichnet war, daß sie am Ende eines Ring angebracht waren und die von jeder Kammer wieder zurückgeworfen wurde. Früher war es so, daß die Kammer aus der Flucht mit eigener Firma wieder geschossen, daß die Flucht alle verbleibenden, verbleibenden Zyklen hatten und entsprechend beschleunigt und immer beschleunigt werden mußten. Nach Umgestaltung der Einzelstückfertigkeit konnte diese in großen Mengen zu niedrigeren Preisen hergestellt werden, was kamme sie an einer Einzelstückfertigkeit — also in gewissem Sinne Einzelstückfertigkeit — und es kamme die Einzelstückfertigkeit ebenfalls in einer Größe zu großen Mengen angefertigt werden. Welche Vorteile hiermit verbunden sind, hat sowohl der Beschützer als der Beschützte persönlich kennen. Bereits damals ging ich noch weiter und wies nach, daß Hochgeschütze und Kräfte in gewissem Sinne zu nennen, nämlich mindestens die Hochgeschütze gleich zu gestalten, so daß kein Schaden oder Schaden eines Details Ersatz beschleunigt werden konnte. Da ich aus Zeitmangel und dem Lärm des 'Schalldüsen-Geschrei' kamme und diese Normung auch für Hochgeschütze vorlag, blieb mir als Lösung der Aufgabe 'Die Hochgeschütze' in Hochgeschütze. Sie regt ich aber mit meinen Vorschlägen, habe, bewies die oben

angeführte Mitteilung aus Amerika. Man vergegenwärtige sich nur einmal, was es heißt: 15 vS Preisabfall! Nicht Lohn-, sondern Preisabfall. Das war hierzu wohl alles erforderlich? Der Amerikaner ist ja in vielen ein anderer Mensch als wir Deutschen, er legt nicht so besonders Wert darauf, daß er besonders künstlerisch gestaltete Gebrauchsgüter für den täglichen Gebrauch hat, als vielmehr darauf, daß sie 1. billig und doch dauerhaft, 2. praktisch im täglichen Gebrauch und 3. leicht zu ersetzen sind. Und nun stelle man sich eine deutsche Handspan vor, der ein Dutzend vom Hochgeschützgeschütz zerbricht, es ist bald so schlimm, wie wenn ein Kind ein Bein bricht. Dieser Beispiel soll zur zeigen, warum wir uns noch nicht mit der Normung befassen konnten. Bei uns Deutschen widerstrebt noch ausgerechnet Schaden und es wird noch lange Zeit vergehen, bis wir zur normierten praktischen Lebensanpassung erregt sind. Doch gehen wir weiter. Der RZ schlägt nun vor: Hochgeschütze, Einzelstückfertigkeit und Herstellung zu nennen. Jeder Familienvater wird sofort sehen, daß der Aufsatz sehr gut eingeleitet ist. Die notwendigen Gebrauchsgüter und die am häufigsten verwendeten kommen zuerst an die Reihe, was aber nicht ausschließt, daß andere nebenher gehen. Überlegen wir uns einmal, was wir täglich in die Hand nehmen. Frisch bereits: Zucker und Butter. Ganz abgesehen von der Essigsaure, können diese Teile unter sich alle eine einzige Form haben. Es können mit anderen Worten alle Handwürsten eine Form haben, wobei es beträchtlicher ist, daß diese Form den Handwürsten, die mit ihr angefertigt werden, angepaßt wird, wobei es durchaus nicht nötig ist, daß die fertige Form für maßgebend betrachtet wird. Das gleiche gilt von den Kämmen. Die Güte kann hierbei immer noch verschieden sein, denn es spielt bei der Formnormung keine Rolle, ob eine solche Bürste aus Holz oder aus minderwertigen Materialien oder aus Federholz mit erhaltenden Borsten angefertigt wird. Ähnliche Betrachtungen können für die Schabwürsten in Frage. Hierbei können wir weitergehen zu den Schuhwürstchen. Warum müssen die alle so verschieden sein? Jede Firma verläuft ihre Schuhwürste in einer anders geformten Schabwürste. Ist es denn unbedingt

Alles für die Freiheit!

Ein beliebtes Schlagwort der Reaktionäre lautet: Gegen die Zwangswirtschaft, für die freie Wirtschaft! Wo irgend der Staat eine Vorschrift zum Schutze der Schwächeren erläßt, da jertzen sie über "unerträglich Zwangswirtschaft", die jede "freie Wirtschaft" antebinde. Und tun so, als ob der "Zwang" erst durch die Rationalisierungsversuche nach der Revolution in die Wirtschaft gekommen sei.

Das alles ist so verlogen, wie nur möglich. Eine freie Wirtschaft haben wir schon sehr lange nicht mehr. Aber es war nicht der Staat und nicht die Sozialisierung, die ihr die Freiheit geraubt haben, sondern das was das Großkapital. Nicht etwa nur in dem Sinne, daß es den Arbeitern — die ja schließlich der wichtigste Wirtschaftsfaktor sind — die freie Betätigung immer mehr unterbunden hat, sie immer mehr zur Rolle eines mechanischen Werkzeugs herabdrückt, nein, auch im ganz gewöhnlichen bürgerlichen Sinne ist die Freiheit längst aus der Wirtschaft hinausgejagt. Der einzelne Unternehmer, der einzelne Geschäftsinhaber kann schon lange nicht mehr so wirtschaften, wie es ihm beliebt, sondern er ist dem Diktat der großen Herren der Trusts und Konzerne unterworfen. Die schreiben vor, was produziert wird, die schreiben vor, wie und wo produziert wird, und der Leiter des einzelnen Betriebes hat nur ihre Befehle auszuführen. Und noch weit über die angeschlossenen Betriebe hinaus reicht ihr Machtgebiet. Dem Handel schreiben sie vor, was, wieviel und an wen er verkaufen darf. Sie sind die Herren der Wirtschaft, von freier Selbstbetätigung der anderen ist keine Rede mehr.

Verüßt es nicht sonderbar, wenn ausgerechnet diese Herrschaften — oder ihre journalistischen Vertreter — gegen die "Zwangswirtschaft" wettern und Krotobilstranen darüber vergleichen, daß der Wirtschaft "die Freiheit" genommen wird? Freilich, es ist eine "Freiheit", wie sie sie verstehen.

Um die Handelsfreiheit der Kohlenhändler nennt die Deutsche Bergwerkszeitung (Nr. 108 vom 9. Mai) eine Zuschrift des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo, worin Alarm geschlagen wird darüber, daß dem Reichstag zwei Anträge vorliegen, die den von den Kohlenhändlern beherrschten Lieferungsbedingungen einige Fängel anlegen sollen. Diese Lieferungsbedingungen seien in der Tat arg aus. Die Syndikatskapitalisten, in ihrem Drang die Kohle zu verteuern, nützen das Monopol, das ihnen das Syndikat verleiht, in der rücksichtslosesten Weise aus. Wer sich ihren Bedingungen nicht fügt, bekommt keine Kohle geliefert. So schreiben sie dem Kohlenhändler die Preise vor, zu denen er die Kohlen weiterverkaufen darf, und überdies darf er sich die Sorten, die er kaufen will, auch nicht aussuchen. Das Syndikat bestimmt, welche Sorten und Marken er führen darf. Daneben natürlich auch, daß er nicht bei der Konkurrenz kaufen darf.

Diesem groben Unfug wollen die beiden Anträge ein Ende machen. Der eine, ein sozialdemokratischer Antrag, begnügt sich damit, die Genossenschaften zu schützen. Ihnen soll das Syndikat seine Mindestpreise mehr auferlegen und ihnen auch nicht vorschreiben dürfen, nur bestimmte Marken und Sorten zu führen. Weiter geht der Antrag der Bayerischen Volkspartei, der die gleichen Übergriffe des Syndikats gegenüber dem ganzen Handel unterjagen will.

Daß sich Dr. Hugo und das genannte Unternehmerblatt gegen diese Anträge wenden, das ist ihr gutes Recht. Denn es ist ja ihr besonderer Beruf, die Profite der Bergwerkskapitalisten zu verteidigen. Daß sie das aber tun im Namen der "Handelsfreiheit", das ist wirklich ein so tolles Stück, daß man nicht weiß, ob man darüber lachen oder weinen soll. Es handelt sich ja gerade darum, den Kohlenhandel von einigen unerträglichen Zwangsvorschriften zu befreien, die ihm die Syndikatsausleiher haben, um den Verbrauchern höhere Preise abzupressen. Und da bekommt es Dr. Hugo fertig, von "neuen Methoden der Zwangswirtschaft" zu sprechen! Das erinnert an die Anekdoten von jenem rumänischen Bojaren, der sich mit seinem Diener in Wien aufhielt und ihn dort prügelte. Der Diener jedoch benutzte die Gelegenheit und verklagte seinen Herrn, der denn auch vom österreichischen Gericht zu einer Geldbuße verurteilt wurde. Als dann auf der Rückreise der Zug über die rumänische Grenze fuhr, verabreichte der Bojar dem Diener ein paar schallende Ohrfeigen und begleitete sie mit den Worten: "Ich grüße dich, Land der Freiheit, wo man seine Diener ungestraft prügeln darf!" — Auf der gleichen logischen und sittlichen Höhe, wie dieser Bojar, steht die Verteidigung der "Handelsfreiheit" des Syndikats durch die Bergwerkszeitung.

Sindessen, noch höhere heilige Güter des Kohlenkapitals sind bedroht. Noch eine wichtigere "Freiheit" will man ihm nehmen. Bereits am 8. Mai lagte die BZ über einen "neuen staatlichen Eingriff in den Ruhrbergbau". Aus Anlaß des Unglücks auf der Heide "Minister Stein" hat der preussische Landtag beschloffen, die Gewährung von Prämien an die Steiger und Fördermaschinen zu verbieten, und das Handelsministerium hat einen entsprechenden Gesetzentwurf bereits eingebracht. Darüber speit nun

die BZ Gift und Galle. Das regt sie noch viel mehr auf als die Lieferungsbedingungen des Syndikats. In einer geradezu unflätigen Weise beschimpft sie den Minister und den Landtag. Sie bekommt es fertig zu behaupten, daß der Gesetzentwurf "jeden sachlichen Untergrundes entbehre" und sein Motiv nur in dem Bestreben nach Förderung rein parteipolitischer und gewerkschaftlicher Absichten" habe. Dem Landtag wirft sie vor, es sei die "von ihm beliebte Methode, auf Grund der gewerkschaftlichen Machtposition unsäglich Beschlüsse zu fassen", und vom Handelsministerium sagt sie, es sei "doch schließlich keine Stelle zur Verbrämung gewerkschaftlicher Agitationsbedürfnisse". — Wenn zu Wilhelms Zeiten ein Zeitungschreiber sich erdreistete hätte, eine Behörde und ein Parlament derart zu beschimpfen, er wäre auf Jahrzehnte nicht aus dem Rittgen gekommen. Aber jetzt geschieht das alles "für die Freiheit". Wo bliebe denn auch das Bergwerkskapital, wenn man ihm nicht die "Freiheit" läßt, mit Gesundheit und Leben der Bergknappen Schindluder zu spielen! Zum mindesten, meint die BZ, müßte man "so lange warten, bis bei den staatlichen Gruben sich einwandfrei nachweisen läßt", ob die Abschaffung der Prämien die Sicherheit erhöht. Natürlich, es handelt sich ja nur um ein paar Dugend — vielleicht auch ein paar tausend — Arbeiterleben. Da muß man abwarten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, ehe man ihn zubeckt. So will es die "Freiheit" des Kapitals.

Zwischenlösung in der Erwerbslosenfürsorge

Das Reichsarbeitsministerium läßt dieser Tage an den Reichstag eine Vorlage über die Zwischenregelung der Erwerbslosenfürsorge gehen, die dann den Verwaltungsrat beim Reichsarbeitsamt noch beschließen wird. Zu dieser Vorlage hat das Reichsarbeitsamt bei den Arbeitsnachweiserangaben darüber eingefordert, wie sich die Unterstufungen der Erwerbslosen nach dem Entwurf des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes (ABG-Entw.) gegenüber der bisherigen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge auswirken werden. Diese Angaben können im allgemeinen keinen vollen Anspruch auf Genauigkeit erheben, weil sie zum großen Teil auf mehr oder weniger glücklichen Schätzungen beruhen.

Sieht man sich die Unterstufungsklassen 1. nach den Wirtschaftsgebieten (Osten I, Mitte II, Westen III), 2. nach den Ortsklassen A, B, C und DE, und 3. nach dem Alter — ob unter oder über 21 Jahren — des Unterstufungsbesitzigen. Außerdem ist die Bedürftigkeit zu prüfen, und da die heutigen Unterstufungsklassen als Höchststufen gelten, können sie nach dem Grade der geringeren Bedürftigkeit ebenfalls weiter abgestuft werden. Nicht Bedürftige erhalten zurzeit überhaupt keine Unterstufung.

Nach dem ABG-Entwurf wird nur noch nach Lohnklassen unterschieden; Wirtschaftsgebiet, Ortsklassen und Alter spielen keine Rolle mehr. Jedoch wird die Bedürftigkeit, wenn auch nicht mehr so engherzig als dies heute geschieht, nach solange zu prüfen sein, als nicht die ganze Unterstufungssumme durch geleistete Beiträge aufgebracht wird und das Reich noch Zuschuß zur Unterstufung zu leisten hat. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurde noch nicht ein Drittel des jeweiligen Unterstufungsbedarfes durch Beiträge aufgebracht, während das Reich mehr als zwei Drittel zuzuschreiben mußte.

Es sind 5 Lohnklassen mit folgenden Wochenverdiensten vorgesehen: Klasse I bis 10 M, Klasse II über 10 bis 20 M, Klasse III über 20 bis 30 M, Klasse IV über 30 bis 40 M und Klasse V über 40 M. Demnach werden in den 5 Lohnklassen 10, 15, 25, 35 und 40 M als Grundlohn festgesetzt. Die Arbeitslosen sollen dann 40 vS und für die Frau und jede sonstige von ihnen zu unterhaltende Person je 5 vS, jedoch höchstens 65 vS des Grundlohnes als Unterstufung erhalten, nach welchem sie in den letzten 3 Monaten überwiegend pflichtversicherung waren. Nach dem ABG-Entwurf findet also eine grundverschiedene Berechnung der Unterstufungen gegenüber der bisherigen Gepflogenheit statt. Will man nun eine vergleichende Übersicht über die Auswirkung der Unterstufungsklassen nach dem ABG-Entwurf gegenüber dem bisherigen System bekommen, so muß man versuchen, die letzten Lohnverhältnisse der heutigen Unterstufungsbesitzigen kennen zu lernen. Das wird zurzeit jedoch sehr schwer gelingen, weil die Angaben der Erwerbslosen über ihre letzte Verdiensthöhe meistens fehlen.

Um nun Zahlen über die Ausgaben für Unterstufungen zu erhalten, die einigermaßen den wirklichen Verhältnissen entsprechen, wird man sich an die Krankenkassen wenden und die Verschärfung der Versicherter in den einzelnen Grundlohnstufen feststellen müssen, die man dann auf die vorhandenen Unterstufungsempfänger im gleichen Hundertfuß umlegt. Dabei muß man schließlich innerhalb der einzelnen Grundlohnstufen noch keine Schätzungen vornehmen, weil die Lohnklassen der Krankenkassen nicht mit denen des ABG-Entwurfs übereinstimmen. Weiter ist dann die Durchschnittszahl der Nebenempfänger auf jeden Hauptunterstufungsempfänger in jeder einzelnen Grundlohnstufe zu ermitteln, denn das ist von großer Bedeutung, weil heute für Nebenempfänger ein fester Satz bezahlt wird, nach dem ABG-Entwurf aber ein Hundertfuß des Grundlohnes. Es kommen nach dem ABG-Entwurf in der untersten Lohnstufe auf einen Nebenempfänger die Woche 50 M, und in der obersten Stufe 2 M an Unterstufung, während heute 2,25 bis 3,60 M bezahlt werden, wo der Unterschied in der Ortsklasse und in der Person des Nebenempfängers — ob Ehegatte oder sonstige Person — begründet ist. Es ist darum durchaus nicht gleichgültig, wenn zum Beispiel auf einen Hauptempfänger durchschnittlich zwei Nebenempfänger entfallen, diese dann auf alle Grundlohnstufen gleichmäßig zu verteilen.

Aus einem Arbeitsnachweisbezirk im Wirtschaftsgebiet Westen liegen uns Zahlen vor, wo rund 21 000 pflichtversicherte Personen

und 5970 Hauptunterstufungs- mit 10 455 Nebenempfängern vorhanden sind. Nach dem ABG-Entwurf würden sich diese in die fünf Grundlohnstufen folgendermaßen verteilen:

- Stufe I 356 Hauptempfänger (GE) mit 276 Nebenempfängern (NE), Stufe II 1357 GE mit 1462 NE, Stufe III 2134 GE mit 4420 NE, Stufe IV 1416 GE mit 2866 NE und Stufe V 707 GE mit 1431 NE, zusammen 5970 GE und 10 455 NE. Die Auswirkung der Unterstufungen ist nun folgendermaßen: In die zu Unterstufenden in Stufe I waren bisher die Woche zu zahlen 2967,66 M, nach dem ABG-Entwurf wären zu zahlen 1479,18 M, d. i. 50 vS weniger, nach Stufe II bisher 16 191,42 M, nach dem ABG-Entwurf 9238,50 M, d. i. 43 vS weniger, in Stufe III sind die Zahlen 39 800,76 bezw. 26 875,02 M oder 20,4 vS weniger, Stufe IV 22 583,52 bezw. 24 830,52 M oder 10 vS mehr, Stufe V 11 114,28 bezw. 14 173,98 M, d. i. 27,6 vS mehr. Die Gesamtsumme beträgt nach dem bisherigen System die Woche 86 657,64 M, nach dem ABG-Entwurf 76 606,2 M, d. i. 11,5 vS weniger. Aus dem Gesamtergebnis ist ersichtlich, daß im allgemeinen eine wesentliche Verschlechterung der Unterstufungsklassen geplant ist, wenn auch in den oberen Stufen ein kleinerer Teil der Erwerbslosen eine kleine Erhöhung erhält. Diese Erhöhung geschieht auf Kosten der Herzärmeren.

Die jetzige Zwischenlösung der Erwerbslosenfürsorge wird aber gerade auf obigem Problem der Unterstufungsberechnung beruhen, und es wird Aufgabe der Arbeiter im Verwaltungsrat beim Reichsarbeitsamt sein, diesen Verschlechterungsplan der Regierung zu vereiteln und bessere Vorschläge zu machen. Die Arbeitslosen selbst haben die geringste Macht, an den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen etwas zu ändern. Sie haben aber für ihren Teil die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge bezahlt und haben das Recht auf vollständige Unterstufung, die nicht mehr geschmälert werden darf.

Erhöhte Arbeitsleistung vermehrte Arbeitslosigkeit

Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist die Folge der Absatzkrise, die durch die Einschränkung der Konsumfähigkeit des inneren Marktes verursacht wird. Der Rückgang des Beschäftigungsgabes ist aber überall größer als der Rückgang der Produktion und des Auftragsbestandes. Die Arbeitsleistung, auf den Kopf des Arbeiters berechnet, ist in den verschiedenen Industriezweigen erheblich gestiegen, und deshalb kann dieselbe Menge von Waren mit viel weniger Arbeitskräften erzeugt werden.

Bei der Kohlenförderung entfiel nach Angabe des Vereins für die bergbauischen Interessen im Mai vorigen Jahres auf den Mann ein Schichtförderanteil von 908 Kilo. Ende Dezember hatte der Schichtförderanteil 1031 Kilo erreicht und damit die Vorkriegsarbeitsleistung um 195 Kilo übersteigert. Ende 1925 wurden im Kohlenbergbau nur noch 396 000 Arbeiter beschäftigt (gegenüber 428 806 vor dem Kriege), 76 000 weniger als Anfang 1925. In der Denkschrift des erwähnten Vereins wurde für den Ruhrbezirk ein Kohlenbedarf von 92,5 Millionen Tonnen errechnet. Auf Grund eines Schichtförderanteils von 908 Kilo je Mann schätzte man den Arbeiterbedarf auf 401 000 Mann. Bei einer Steigerung des Förderanteils von 908 auf nur 1000 Kilo wären für die Produktion derselben Menge 31 000 Bergarbeiter weniger nötig.

Die Rationalisierung hat die Arbeitsleistung der Betriebe außerordentlich erhöht. So wurde die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Schössen von 172 Tonnen täglich im Jahre 1922 auf 243 Tonnen im Februar 1926 erhöht, wobei die Schössen durch die gleiche Belegschaft bedient werden. Ähnlich steht es in der Kaliindustrie, wo die Konzentration der Betriebe eine außerordentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit herbeiführte, wobei die Zahl der beschäftigten Arbeiter seit Beginn der Rationalisierung um 20 000 zurückging. Ein anderes Beispiel bieten die Werkstätten der Eisenbahn, deren Leistungsfähigkeit stark erhöht wurde. Diese Werkstätten können, wie Hans Jahn vom Vorstand des Eisenbahnerverbandes im Wirtschaftsdienst ausführt, die Ausbesserung einer Lokomotive, die in der Vorkriegszeit eine Arbeit bis zu 130 Tagen erforderte, in 20 bis 30 Tagen fertigstellen. Damit dieser erhöhten Arbeitsleistung der Werkstätten, die zum großen Teil auf die tätige Mithilfe ihrer Beamten und Arbeiter zurückzuführen ist, konnte die Zahl der Werkstätten von 114 im Jahre 1920 auf 90 verringert werden. Die Zahl der in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter sank aber von 214 533 im Jahre 1920 auf 117 115 Anfang des laufenden Jahres. Im Jahre 1925 wurden 30 000 Werkstättenarbeiter entlassen, und es sollen im laufenden Jahre noch weitere 6000 abgebaut werden.

Diese Beispiele zeigen, wie vermehrte Leistungsfähigkeit der Betriebe durch Rationalisierung und vermehrte Arbeitsleistung der Belegschaft zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen müssen. Trotzdem wollen sich die Arbeiter dieser Entwicklung nicht entziehen, der Einführung arbeitbarer Produktionsmethoden nicht entgegensteuern. Was sie aber mit aller Kraft fordern müssen, das ist erhöhte Arbeitslohnunterstützung, damit die freigelegten Arbeitskräfte menschenwürdig leben können und damit erhöhte Nachfrage nach Bedarfartikeln für andere Industriezweige schafft. Keine Ausbeutung der Arbeitszeit, die die Arbeitslosigkeit noch weiter steigern würde. Weitergehende Erleichterungen bei der Umleitung der Arbeitskraft von einem Industriezweig in einen anderen. Endlich aber müssen sie fordern, daß in solchen Fällen, wo plötzliche Entlassung großer Massen infolge von Rationalisierung und vermehrter Arbeitsleistung große Erschütterungen hervorgerufen würde, der Abbau, wo dazu die Möglichkeit besteht, wie bei der Reichsbahn, verlangsamt werde. Dabei muß man sich bewußt bleiben, daß nur radikale Änderungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik die Unterbringung der freigeordneten Arbeitskräfte in der Produktion ermöglichen können.

wäsche usw., alles kann jeweils eine Größe haben, denn zum Beispiel sind die Betten für den allgemeinen Gebrauch nur ganz wenig voneinander abweichend in der Größe. Aber auch diese Abweichungen sind nicht nötig und fallen immer mehr fort, je weiter sich die Möbelindustrie auf Serien- und Massenherstellung einrichtet.

Ausgesprochene Kunstgegenstände fallen selbstverständlich aus dem Rahmen der Normung, denn es würde zum Beispiel sehr wenig Sinnvoll wirken, wenn man für alle Bilder eine Art Rahmenleiste verwenden würde. Ebenso fallen aus der Normung künstlerische Porzellanachen usw. Andererseits ist aber gerade dem Künstler ein weites Feld geöffnet für seine Tätigkeit im Rahmen der Normungsbestimmungen.

Jeder einzelne führt so viele Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens mit sich, seien es Taschenmesser, Uhren, Tabaksdosen und was mehr, daß er bei einigem Nachdenken sehr leicht darauf kommt, daß es doch eigentlich unnötig viel Formen der einzelnen Teile gibt und daß bei sehr vielen Sachen eine gründliche Normung zu wünschen wäre. Nehmen wir nochmals das amerikanische Beispiel, bei dem die Herstellungskosten um 15 vS herabindert werden konnten, und stellen uns vor, daß auch die amerikanischen Haushaltungen, mindestens die, die durch Heirat neu entstehen, sich diese Normungsgüter beschaffen würden, so würde der Verbrauch noch wesentlich steigen und die Herstellungskosten könnten noch weiter herabgesetzt werden.

Und warum geht das bei uns nicht? Weil Frau Müller etwas Besseres haben muß oder mindestens etwas anderes als Frau Schulze, weil das Publikum getäuscht sein will durch besonders aus dem Rahmen fallende Formen und weil man noch gar nicht genügend erkannt hat, was eigentlich mit der Normung bezweckt wird.

Aus diesem Grunde erscheint mir die Anregung des ABG in Nr. 17 der BZ bei weitem nicht verfrüht, sondern sie wird ihren Zweck erfüllen, wenn jeder, besonders aber der Hersteller von Gebrauchsgegenständen, nämlich der Arbeiter an sich selbst und der Gegenständen, die er zum täglichen Leben braucht, merkt, daß er doch eigentlich unnötigerweise Geld ausgibt, und zwar nur, weil er

sich nicht entschließen kann, in Massenarbeit zu niedrigen Herstellungskosten hergestellte Gegenstände selbst zu verwenden. Und gerade die Normung der Haushaltungsgegenstände wird sich in der Haushaltungswirtschaftskasse wesentlich und erfreulich bemerkbar machen.

Die gebräuchlichsten Stanzereitzeuge

Von Alfred Wildner, Leipzig 8.

Der Begriff "Stanzen" ist heute im praktischen Leben noch so unklar, daß man beim Schreiben eines Aufsatzes versuchen muß, ihn ungeschickt genau festzulegen. Zum Beispiel bezeichnet der Praktiker Exzenterpresse, aber auch Werkzeuge als Stanzen, während es ihm doch niemals einfallen wird, einen Präker Präsmaschine oder umgekehrt eine Präsmaschine Präker zu nennen. Um Klarheit zu schaffen, empfiehlt es sich daher, die das Material unmittelbar verarbeitenden Vorrichtungen als Werkzeuge, die kraftspendende Maschine aber als Presse zu bezeichnen. Das Werkzeug erhält dann seinen Namen von dem Arbeitsvorgang, für den es eingerichtet ist, während bei den Pressen die den Stoff bewegenden Maschinenenteile oder aber der besondere Zweck zur Benennung dient. Schneidende Werkzeuge, die Formstücke aus dem Material schneiden oder irgendetwelche Teile lösen, heißen daher im ersten Falle Formschmitt, im zweiten Falle Lochschmitt. Der Ausdruck Schmitt ist immer beizubehalten, auch wenn die Ausführung wechselt, wie es beim einfachen, beim Hinzuführungs-, Fährungs-, Polier- und Wandschmitt geschieht.

Die Arbeitsweise dieser Werkzeuge besteht darin, daß ein Stempel in die Öffnung einer Schnittplatte eindringt und dadurch das dazwischenliegende Material durchschneidet. Das geschnittene Stück entspricht dann der Form des Stempels.

Die Werkzeuge bringen gestrecktes Material in eine gebogene Form, ohne es wesentlich in seiner Stärke zu verändern. Ebenso verhalten sich auch Rollwerkzeuge. Stanzwerkzeuge verdicken und verändern vorgeschmittene Teile.

Prägewerkzeuge bestehen in der Regel aus dem Stempel und dem Unterteil. Die berührenden Flächen sind meist das Gegenstück des anderen. Das Material preßt sich bei dem Druck der Presse den verfesten und erhabenen Formen des Werkzeuges an, wobei es fast keine Stärkemänderung erleidet. Fruchtstetler, Schnittschinder, Böffel usw. sind das Produkt solcher Tätigkeit.

Mit Prägewerkzeugen werden aber auch Münzen, Besteck usw. geprägt. Das Material paßt sich dabei der Gravierung an, so daß harte und schwache Materialquerprofile entstehen. Das kann natürlich nur unter großem Presseerfolg erfolgen.

Ziehwerkzeuge oder Züge stellen Hohlgelände her, wobei ein Ziehstempel das Material in einen Ziehring zieht und dabei den Rand hochstellt. Boden und Rand behalten dabei annähernd gleiche Stärke. Der hochstehernde Rand läßt sich bei weichem Material, wie Messing, Kupfer usw. abstreifen, das heißt in seiner Stärke herabsenken. Der Boden behält bei diesem Verfahren seine ursprüngliche Stärke.

Die bisher genannten Werkzeuge lassen sich vereinen, so daß in einem solchen Werkzeug zwei bis drei verschiedene Arbeitsvorgänge stattfinden. Man spricht dann von vereinigtem (kombiniertem) Schnitt und Prägewerkzeug oder Schmitt und Ziehwerkzeug.

In Presseformen findet ein Stauchen und Strecken des Materials statt. Weil dies meist in glühendem Zustande geschieht, läßt sich der Querschnitt des Materials in erheblicher Weise ändern.

Werkzeuge zur Herstellung von Tuben führen ein formliches Fließen des Materials herbei. Hierbei kommen natürlich nur weiche Materialien in Betracht, wie Zinn und Blei, deren Gefüge eine solche Verdrückung aushält, ohne den Zusammenhang zu verlieren.

Bei den Pressen untergliedert man je nach der Bauart Handspindel, Motorspindel oder Frictionspressen, Exzenterpresse, Kurbel, Hebel, Knickhebel, doppelt wirkende Ziehpressen und hydraulische Pressen. Wie aus obigen Ausführungen ersichtlich ist, geht es auch ohne das irreführende Wort "Stanzen". Man sollte es deshalb nur als Sammelbegriff für das ganze Arbeitsgebiet anwenden, wie bei Stanzwerkzeugen, Stanzwerteil, Stanzwmaterial und Stanzenbau.

Der englische Ausstand abgebrochen

Von London kommt die Kunde, daß der Eisenausstand vom Generalrat der Gewerkschaften am 12. Mai für beendet erklärt worden ist. Diese Botschaft kommt jetzt zu der Stunde, wo verschiedene Gewerkschaften beschlossen haben, den englischen Kampf mit aller Kraft zu unterstützen.

- 1. Der Regierung wird empfohlen, die staatliche Geldhilfe für den Bergbau so lange weiter zu zahlen, bis eine endgültige Regelung erzielt ist.
2. Das bisherige System der Vertragsabschlüsse zwischen den Arbeitern und Bergwerksbesitzern hat sich nicht bewährt.

Sobald über diese Punkte eine Einigung erzielt ist, soll ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der im einzelnen folgende Bestimmungen berücksichtigen soll:

Es soll ein allgemeiner Mindestlohn festgesetzt werden. Es sollen im Bergbau keine Arbeiter neu eingestellt werden.

Da es notwendig sein wird, Bergarbeiter von nicht rentablen Gruben in andere Gebiete umzusiedeln, wird die Regierung ersucht, bei dieser Maßnahme finanzielle Unterstützung zu leisten.

Ebenso soll die Regierung solche Arbeiter, die durch die Reorganisation Schaden erleiden, finanziell unterstützen.

Dieser Vorschlag, so heißt es in der Mitteilung weiter, habe der Generalrat der Gewerkschaften für eine geeignete Verhandlungsgrundlage erklärt und daraufhin die Wiederaufnahme der Arbeit verordnet. Ob der Vorschlag Sir Samuels wirklich so vertrauenswürdig ist, um den Abbruch dieses Eisenkampfes zu wagen, vermag ich nicht zu beurteilen.

Die folgende Nachrichten über die Regierung kann vielleicht als nicht vollständig angesehen werden, zumal sie sich in einer Erklärung festgesetzt hatte, keinerlei Entgegenkommen zu zeigen, bevor nicht der Ausstand bedingungslos beendet worden ist. Allein in der liberalen als auch in der konservativen Partei hat man die übertriebene Festlegung der Regierung nicht als den Gipfel der Weisheit angesehen.

Was Sir Samuels vorbringt, kommt freilich nicht über eine Forderung hinaus. Unseres Erachtens wird der Konflikt, wenn nicht viel tiefergehende Maßnahmen, als vorgeschlagen, ergriffen werden, bald wieder da sein.

Das Reichsaffordabkommen im Feuertagegewerbe

Es wird uns geschrieben: Bisher bestand im Feuertagegewerbe weder ein Reichsaffordabkommen noch ein Reichsaffordabkommen. Alle diese Angelegenheiten sind bisher durch oder bezüglich geregelt worden.

Das Reichsaffordabkommen ist ein Vertrag zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern. Es ist ein Vertrag, der die Rechte und Pflichten der Arbeiter und der Arbeitgeber regelt. Er ist ein Vertrag, der die Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber schützt.

In jenen Kreisen schon die östlichen Lohnabkommen für Neubauten auch auf bewohnte Gebäude in Anwendung bringen zu können.

Die Ausführung von Feuertagen ist Gruppenarbeit. Die Ergebnisse eines Gruppenaffords sind neben andern vom Kaufmännischen und technischen Witz abhängig, also von Zufällen, auf die wir wenig oder gar keinen Einfluss haben.

Ist der Gruppenafford in den Betrieben schon keine musterhafte Entlohnung, weil ja im Gruppenafford die Grundlage des Affordes überhaupt, das individuelle Arbeitsvermögen nicht volle Entschädigung erhält, so ist er es auf der entfernteren Baustelle im Feuertagegewerbe noch viel weniger.

Die Frage des kausierten Kollegen bedarf keiner allzu langen Erörterung. Nicht jeder sonst sehr tüchtige Kollege ist zur Leitung einer größeren Anlage geeignet, weil ihm Menschenkenntnis und Dispositionsvermögen abgehen.

Zum Schluß über die Verteilung des Affordüberschusses. Es kann für den organisierten Kollegen nur eine Art geben, so wie wir ihn in Berlin haben, den der prozentualen Verteilung nach dem beteiligten Verdienst.

Darum, Kollegen, Hände weg vom Afford überhaupt! Die Solidarität der Arbeiterkämpfe muß höher stehen als der Verdienstegoismus einzelner.

Landarbeiterinnenlohn 5,76 Mkt. die Woche

Die folgenden Zahlen entstammen den statistischen Lohnüberichten des Deutschen Landarbeiterverbandes, die auch von den Behörden anerkannt und von ihnen zum Teil für ihre Berechnungen verwandt werden.

Table with 5 columns: Kreis, Provinz usw., Arbeitszeit im Jahr in Tarif Std., Wochenlohn in M., Lohn bis Ende in M., Gesamtverdienst in M. Rows include Kreis Königsberg, Kreis Rastow, Kreis Ratibor, Kreis Talsow, Kreis Teltow, Kreis Uckermark, Kreis Vorpommern, Kreis Westpreußen, Kreis Ostpreußen, Kreis Pommern, Kreis Brandenburg, Kreis Mecklenburg, Kreis Schlesien, Kreis Hannover, Kreis Westfalen, Kreis Rheinland, Kreis Baden, Kreis Württemberg, Kreis Bayern, Kreis Sachsen, Kreis Thüringen, Kreis Preußen, Kreis Ostpreußen, Kreis Pommern, Kreis Brandenburg, Kreis Mecklenburg, Kreis Schlesien, Kreis Hannover, Kreis Westfalen, Kreis Rheinland, Kreis Baden, Kreis Württemberg, Kreis Bayern, Kreis Sachsen, Kreis Thüringen, Kreis Preußen.

Noch dieser Angaben steht fest, daß sich der Gesamtstundenverdienst der Deputationsfrauen um 12 bis 15 % erhöht hat. Zugrundegelegt einer Arbeitszeit von 8 Stunden im Tag ergibt das einen Tagelohn von 96 bis 120 % und bei Zugrundelegung einer 48stündigen Arbeitszeit die Woche einen Wochenlohn von 5,76 bis 7,20 M.

Subilarfeier in Brandenburg a. N.

In Brandenburg kamen an die 180 Kollegen auf eine Mitgliederversammlung am 25. Mai, in der noch mehr Kollegen anwesend waren. Verschiedene dieser treuen Pioniere waren 1891 bei der Gründung der Verwaltungsgesellschaft beteiligt. Die Verwaltung in gegenseitiger Weise gebildet. Sie hatte zu Ehren der alten Kämpfer eine Gedenkfeier veranstaltet.

Der Verband in Westfalen. Seit langem stehen in Westfalen über 30000 Arbeiter an mehr als 600 Betrieben im Streit. Zunächst handelt es sich um die Arbeiter in der Eisen-, Bau-, Textil- und Holzindustrie.

Der Streit hat folgende Vorgeschichte: Seit einiger Zeit befindet sich die westfälische Bewegung in der Aufbruchbewegung. Diese Entwicklung wird von dem Internationalen Verband, der eine über den eingetragenen Kampf der Arbeiterkämpfer hinausgehende Lohnbewegung beabsichtigt.

Da sich eine Verständigung als unmöglich erwies, berief die westfälische Regierung einen Schlichter, der einen Vermittlungsvorschlag auf folgender Grundlage anarbeitete: Abschaffung der Löhne in der Textilindustrie um 12 bis 13 %, im Bergbau um 14 %, in der Holzindustrie um 17 %, in der Textilindustrie um 17 %, in der Holzindustrie um 17 %.

Widmung der Konturfe. Im April sind die Konturfe im Reich stark zurückgegangen. Nach dem statistischen Reichsamt wurden im April 1902 Konturfe und 923 angeordnete Geschäftsaussichten beantragt.

Wegen der Kurzarbeit in englischen Eisenbahnerbetrieben. In der letzten Zeit versuchen verschiedene englische Eisenbahngesellschaften, in ihren Werkstätten Kurzarbeit einzuführen und die Arbeit am Samstag stillzulegen.

Der Verband der Metallarbeiter Deutschlands, eine 1919 gegründete Berufsorganisation der hauptsächlich in der chemischen Industrie und den Nebenbetrieben des Bergbaus beschäftigten Metallarbeiter und Helfer ist zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten.

Beherzigt doch endlich einmal!

Jedem für die Metallarbeiter-Zeitung bestimmten Aufsatz muß die Verbandsbuch-Nummer des Verfassers oder eine Mitgliedschaftsbescheinigung durch die Ortsverwaltung beigelegt sein.

Der an uns eine Anfrage stellt, muß gleichfalls seine Verbandsbuch-Nummer, außerdem einen mit Adresse und Freimarke versehenen Umschlag beilegen, wenn er sicher Antwort haben will.

Schriftenschau

Beruf und Erziehung. Von Prof. Dr. Anna Siemsen. Umfang 224 Seiten, Preis kart. 3,50 M., Ganzleinen 4,50 M. Als Doppelband der Sammlung 'Neue Menschen' in der E. Laubschen Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Der Führer des, welcher nicht nur ein erstklassiges Buch ist, sondern auch eine reich illustrierte, literarisch-wissenschaftliche Monatschrift, kommt mit der neuesten Buchbeilage, Die Arbeitswelt der Zukunft von Richard Waldt heraus.

Die Arbeitswelt der Zukunft. Von Richard Waldt. Umfang 166 Seiten, Preis in Ganzleinenband 4,50 M., Verlag J. F. W. Dieckmann, Berlin NW 68, Lindenstraße 3. Die 3. Auflage ist ein Beweis von der Vorzüglichkeit dieses Buches.

Die Arbeitswelt der Zukunft. Von Richard Waldt. Umfang 166 Seiten, Preis in Ganzleinenband 4,50 M., Verlag J. F. W. Dieckmann, Berlin NW 68, Lindenstraße 3.

Aluminium, seine Eigenschaften und seine Bearbeitung in Industrie und Handwerk. Von Richard Erdmann. Bibliothek der ges. Technik Band 342. Dr. Max Fänelde, Verlagsgesellschaft, Preis 3,85 M.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart. Mit Sonntag dem 28. Mai ist der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Mai 1926 fällig.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsräte Stuttgart:

Der Werkzeugmacher Wilhelm Wed, geb. am 24. März 1906 zu Stuttgart; Mitgliedsbuch Nr. 5740549, wegen Streitbruch; der Bohrer Heinrich Hofmeister, geb. am 27. März 1875 zu Fellbach; Mitgliedsbuch Nr. 9545691, wegen Streitbruch; die Arbeiterin Maria Straßer, geb. am 5. August 1899 zu Pfalzen, Mitgliedsbuch Nr. 6216282, wegen Streitbruch.

Weisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit * bezeichneten Verwaltungsräten Mitglied werden. Das Aufheben der Bevollmächtigung, Kassierer und Vertrauensmänner in den Bezirken oder Arbeitsstellen durch die Weisenden hat zu unterbleiben. Stuttgart, Röhrestraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzubalten!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Statibor 2; von Metallarbeitern nach Coswig bei Reichen (Aluminiumwerk Ambos) 2. R = Lohnbewegung; D = Differenzen; b. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; R = Abregelung; W. = Wirtshaus; A = Ausstreuung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16